

Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

Wien, am 3. Mai 2017

Geschäftszahl (GZ): BMWFW-10.101/0132-IM/a/2017

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 12277/J betreffend "WGG und private Investoren", welche die Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen am 3. März 2017 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:

Nein.

Antwort zu den Punkten 2 bis 7 der Anfrage:

Mögliche Auswirkungen einer Änderung in dem Sinne, dass ein langfristiges Engagement im gemeinnützigen Wohnbau für die österreichische Finanz- und Versicherungswirtschaft weiterhin attraktiv bleibt, müssen auf Expertenebene - unter Einbindung der relevanten Stakeholder - evaluiert und diskutiert werden. Darunter fällt auch die Frage etwaiger Auswirkungen auf die grundsätzliche Körperschaftssteuerbefreiung gemeinnütziger Bauvereinigungen. Auch die Überlegungen von Univ.-Prof. Dr. Holoubek werden in dieser Diskussion Berücksichtigung finden.

Ziel ist es jedenfalls nicht, Kapital aus dem gemeinnützigen Kreislauf abfließen zu lassen. Auch am Kostendeckungsprinzip soll nicht gerüttelt werden, sodass sich eine etwaige Gesetzesänderung jedenfalls nicht in höheren Mieten niederschlagen darf.

Dr. Reinhold Mitterlehner

